

Übersichten

März 2000

nicht mehr an kommerziellen Geschäften beteiligen dürfen. Hierfür werde ein „zusätzlicher Betrag von 5,6 Mrd. Yuan“ in Ansatz gebracht.

Für die Beschaffung von Waffen blieben leider kaum Mittel übrig. Statistiken zeigten, dass sich die Verteidigungsausgaben der VRCh im Jahre 2000 auf 1,37% des BIP und auf 8,2% der gesamten Staatsausgaben belaufen. Verglichen mit dem Weltdurchschnitt (3% des BIP bzw. 15% der staatlichen Gesamtausgaben) blieben diese Aufwendungen nach wie vor überaus bescheiden. Der Regierungssprecher fügte bei seiner Pressekonferenz am 7. März hinzu, dass China zu den Ländern mit den niedrigsten Militär-Pro-Kopf-Ausgaben der Welt gehöre (XNA, 8.3.00) – eine Aussage, die angesichts einer Einwohnerschaft von über 1,2 Mrd. Menschen allerdings nicht gerade sensationell ist!

Mit einem Haushaltsdefizit von 229 Mrd. Yuan hat die VRCh einen neuen Rekord aufgestellt. Wenn die VBA von den zusätzlichen Ausgaben besonders profitieren konnte, so zeigt dies, dass der Staat zu Gunsten des Militärs erneut bis an den Rand seiner Möglichkeiten gegangen ist. Für Großprojekte wie Flugzeugträger oder teure Präzisionswaffen (nach dem Schema des NATO-Einsatzes im Kosovo) bleiben aber gleichwohl noch auf Jahre hin kaum Spielräume. Trotz des „Sonderopfers“ zu Gunsten der VBA scheinen die meisten Militärkommandanten aber keineswegs zufrieden zu sein. Bereits am 6. März äußerte der Vorsitzende der „Staatlichen Kommission für Wissenschaft, Technologie und Verteidigungsindustrie“, Liu Jibin, dass die meisten Generäle frustriert seien, wenn sie daran dächten, dass für die „Verteidigung der Integrität des Mutterlands“ (m.a.W. also für die Wiedervereinigung mit Taiwan) gewaltige Anstrengungen unternommen – u.U. auch Auseinandersetzungen mit den USA in Kauf genommen werden müssten (*Mingbao*, Hongkong, 7.3.00, in SWB, 10.3.00).

b.) Nachrüstung

Der Hinweis des Finanzministers, dass die Erhöhung der militärischen Mittel lediglich einer Besoldungsverbesserung dienen solle, trifft den Nagel nicht ganz genau auf den Kopf. Blickt man nämlich auf die gesamtasiatische

Situation, so zeigt es sich, dass China mittlerweile der letzte unter mehreren anderen Staaten ist, der die Militärausgaben anhebt. Vorausgegangen waren Indien und Pakistan, die sich bekanntlich 1998 ein Raketen- sowie ein Nukleartest-Wettrennen geliefert haben und die, auch im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um Kashmir, die Militärausgaben anzuhoben hatten.

Nachdem Asien ferner ins Raketenzeitalter eingetreten ist und Nordkorea beispielsweise mit seinem Raketenabschuss über das japanische Staatsgebiet hinweg Beunruhigung in seiner Nachbarschaft ausgelöst hat, haben auch Südkorea und Japan ihre Militärbudgets drastisch erhöht. Sollte ferner der Plan eines amerikanisch-japanisch-taiwanischen TMD- (Theater Missile Defense)-Systems, also eines gemeinsamen Raketenabwehrgürtels, Wirklichkeit werden, würden weitere Ausgaben fällig. Überdies verlangt Taiwan von den USA die Lieferung von vier Zerstörern mit modernsten Antiraketensystemen. Auch die ASEAN-Staaten haben rüstungstechnisch mittlerweile nachziehen müssen und dies, obwohl sie sich generell bemühen, durch die Schaffung von Gesprächsforen (ASEAN Regional Forum (ARF) und 10+3-Konferenzen) Konflikte vor allem durch Verhandlungen formellen und informellen Zuschnitts zu entschärfen, also möglichst wenig an Waffeneinsatz zu denken.

China hat hier also, wie gesagt, als Letzter nachgezogen – damit allerdings keinen Schlusspunkt gesetzt, sondern das Rad der Aufrüstung erst Recht in Schwung gebracht.

Beunruhigend auf die Nachbarn wirkt es auch, dass die Diskussion um eine rasche Modernisierung der VBA im Zusammenhang mit den zweiten Präsidentschaftswahlen auf Taiwan an Intensität erneut zugenommen hat. Vor allem die Guangzhou-Militärregion erhält z.Z. besondere Zuwendungen und besonderen Zuspruch. Am 23. Februar 2000 war Jiang Zemin dort persönlich aufgetreten und hatte die Region zu erhöhten Anstrengungen aufgerufen (*Jiefang Junbao* vom 27.2.00, S.1, in SWB, 2.3.00). Die MR Guangzhou ist bekanntlich jene Region, von der aus im Ernstfall der Hauptstoß gegen Taiwan geführt würde.

Außenpolitik

1 Die VBA rückt erneut in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit

a.) Aufstockung des Militärhaushalts: Zusätzlicher Anschub für die VBA oder bloße Nachholfinanzierung?

Am 6. März gab Finanzminister Xiang Huaicheng bekannt, dass der Haushalt für die nationale Verteidigung im Jahre 2000 auf 120,5 Mrd. Yuan angehoben werde – eine Zunahme von plus 12,7% gegenüber dem Vorjahr 1999. Die Bekanntgabe erfolgte während der dritten Sitzung des IX. NVK.

Xiangs Ausführungen zufolge wird mit der Erhöhung des Haushalts eine bessere Besoldung der Offiziere und Soldaten sowie der in Macao stationierten Truppen bezweckt (XNA, 7.3.00). Zweitens müssten die Armeeeinheiten, die Bewaffneten Polizeikräfte und die staatsanwaltschaftlichen, justiziellen und Sicherheitsorgane dafür entschädigt werden, dass sie sich künftig

c.) *Hochtechnologisierung von Teilen der VBA*

Besonders gern spricht Jiang Zemin bei Anlässen wie dem Guangzhou-Besuch von „der Erhöhung der Fähigkeiten für die Führung eines High Tech-Kriegs“. Ganz auf dieser Linie kam am 29. Februar ein Dokument des ZK-Militärausschusses heraus, das den langatmigen Titel trägt: „Meinungen über die Intensivierung der wissenschaftlichen und technologischen Ausbildung der Truppen zur Erlangung der Fähigkeit, einen High Tech-Krieg führen zu können“.

Hatte es bei Mao – im Hinblick auf das Militär – noch „Hirse+Gewehr“, bei Deng Xiaoping aber „Stahl+Eisen“ geheißten, so ist jetzt von „Wissenschaft+Technologie“ die Rede. Ganz auf dieser Linie müssten vor allem „vier Kontingente“ von Militärangehörigen besonders intensiv ausgebildet werden, nämlich Kommandeure, Stabsmitglieder, professionelle Techniker und Instrukoren (XNA, in SWB, 4.3.00).

Im Interesse der Modernisierung waren bereits 1999 vier neue Militär-Hochschulen ins Leben gerufen worden, nämlich das „Shijiazhuang-Armee-Kommandokolleg“, ferner die „Universität für Informationstechnologie“ in Zhengzhou/Provinz Henan (XNA, 3.7.99), des Weiteren die „Universität für Wissenschaft und Ingenieurwesen“ und das „Institut des Artilleriecorps der VBA“.

Das Kolleg in Shijiazhuang war durch Zusammenlegung der dortigen Institute für Informationstechnologie, für Elektronik und des „Landkartendienstes“ entstanden. An dem Kolleg haben sich rund 10.000 Studenten immatrikuliert.

Die Universität für Informationstechnologie wurde ebenfalls durch die Zusammenlegung mehrerer anderer Hochschulen und Institute gegründet (XNA, 3.7.99).

d.) *Bleibt die VBA im Kommerz? Wie steht es um ihre Mobilfunkbeteiligung?*

Wie aber sollen all die hier nötig werdenden Aufwendungen bezahlt werden? Niemand glaubt ernsthaft, dass die genannte Haushaltserhöhung für das Jahr 2000 den Bedarf auch nur annähernd decken könne. Wird die VBA

also am Ende nicht doch ihre bewährte Politik fortsetzen müssen, kommerzielle Unternehmen zu betreiben und sich dadurch zusätzliche Mittel zu beschaffen?

Diese Frage ist in der chinesischen Führung z.Z. heftig umstritten: Auf der einen Seite pocht Wei Jianxing, der Vorsitzende des „ZK-Disziplinarausschusses“, darauf, dass den vor einigen Monaten ergangenen Anweisungen zur Trennung von Amt und Kommerz strikt nachgekommen werden müsse, da sonst dem Kampf gegen „Korruption“ die Zähne gezogen würden. Wei, der in Teilen der englischsprachigen Presse (z.B. SCMP, 3.3.00) auch unter der Bezeichnung „Mister Clean“ auftaucht, wies in einer Rede vom 2. März darauf hin, dass er an sämtliche VBA-Institutionen den Befehl erteilt habe, „in 19.458 Armeebetriebe die Arbeit einzustellen.“ da der „Kampf gegen die Korruption lebenswichtig für die Partei sei“.

Auf der anderen Seite freilich scheinen sich viele VBA-Einheiten von den Trennungsbefehlen nicht besonders beeindruckt zu lassen. Anlässlich einer am Rande der NVK-Tagung am 15. März abgehaltenen Pressekonferenz wurde bekannt, dass die VBA sich mit einigen der größten High Tech-Unternehmen Chinas zusammengeschlossen hatte, um unter dem gemeinsamen Namen „Century Mobile Communications Corp.“ einen dritten Mobilfunkanbieter in der VRCh zu gründen.

In vier Großstädten gibt es bereits Mobilfunknetze der VBA, in drei weiteren Provinzen werden sie z.Z. aufgebaut.

Sollte sich die VBA hier – unter Einsatz ihrer mächtigen Ellenbogen – durchsetzen können, so wäre sie der dritte Großbetreiber von Mobilfunkdiensten und würde wahrscheinlich zu einer ernsthaften Konkurrenz für die beiden anderen offiziell zugelassenen Firmen, nämlich für die in Hongkong gelistete „China Mobile Communications“ und für „China Unicom“ (China United Communications), die im Jahre 2000 an die Börse gehen will.

Rund 45 Mio. Chinesen besitzen derzeit ein Handy – möglicherweise wächst ihre Zahl noch im Jahre 2000 auf 90 Mio. – ein wahrhaft explosiver

Vorgang, von dem die VBA – allen offiziellen Verboten zum Trotz – offensichtlich nach wie vor profitieren will.

„Century Mobile Communications“ will sich der in den USA entwickelten CDMA-Technologie bedienen. Offensichtlich sind weitere High Tech-Unternehmen in China bereit, sich an Century Mobile zu beteiligen.

Vor den Erfolg allerdings haben die Götter die Zustimmung „des Ministeriums für Informationstechnologie“ gesetzt.

Ein heikler Interessenkonflikt beginnt sich hier anzubahnen, bei dem die VBA beweisen muss, ob sie am Ende nicht stärker ist als „Mister Clean“ und jene neuen Rechtsvorschriften, die den Weiterbetrieb von Militärunternehmen untersagen.

Auch Ministerpräsident Zhu Rongji wurde bei der Konferenz vom 15. März nach seinem Votum in dieser Angelegenheit gefragt – und ließ die Journalisten wissen, dass die „chinesische Regierung die Frage ernsthaft studieren und schon bald entscheiden will“ (XNA, 16.3.00). Zhu räumte dabei ein, dass die VBA gemeinsam mit der „China Telecom“ in vier Städten CDMA-Versuchsreihen durchgeführt habe. Doch habe der ZK-Militärausschuss beschlossen, dass die VBA alle ihre kommerziellen Unternehmen einstellen müsse.

Die an weiterem Kommerz interessierten Teile der VBA neigen aus taktischen Überlegungen dazu, die Taiwan-, die Kommerz- und die Modernisierungsfrage miteinander zu vernebeln, um auf diese Weise die Unverzichtbarkeit kommerzieller Betätigung zu unterstreichen und sich damit anderen Bürokratien gegenüber einen Vorsprung zu verschaffen. „Taiwan“ dürfte in diesem Zusammenhang letztlich als Vorwand dienen.

e.) *Falungong-Metastasen im VBA-Körper*

Die VBA-Diskussion dreht sich freilich nicht immer nur um Hochtechnologie, um Nachrüstung und um Beibehaltung kommerzieller Betriebe, sondern auch um wesentlich unmilitärische Dinge, so z.B. um das „Krebsgeschwür“ Falungong, dessen Tochterzellen sich offensichtlich so weit im VBA-Körper ausgebreitet haben

(SCMP, 24.7.99), dass die Militärführung sich bereits zu Gegenkampagnen gezwungen sieht. -we-

2 Nachtrag: Bundeskanzler Schröder in der VR China

(Aus technischen Gründen hat sich der Abdruck des vorliegenden Artikels leider verzögert.)

Vom 3. bis 5. November 1999 stattete der deutsche Bundeskanzler der VR China einen dreitägigen Besuch ab – und zwar im Anschluss an eine ebenfalls dreitägige Visite in Japan, wo er zwei Hauptvorstellungen thematisiert hatte, nämlich, erstens, die schon von der Vorgängerregierung geforderte Aufnahme Deutschlands und Japans in den Kreis der Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats und, zweitens, die Empfehlung, China in den Kreis der G8 aufzunehmen, also eine Erweiterung des bisher aus Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Deutschland, Japan, Russland und den USA bestehenden Diskussionszirkels zur G9 vorzunehmen.

Japan hatte den ersten Vorschlag mit Beifall, den zweiten aber mit Skepsis aufgenommen. Der Sprecher des japanischen Außenministeriums meinte, man solle eine solche Aufnahme Chinas in den Kreis der führenden Industrienationen in aller Ruhe daraufhin bedenken, ob er dazu ver helfe, eine „effektive politische Koordination zu ermöglichen“ (SCMP, 3.11.99).

Auch der chinesische Regierungssprecher äußerte sich zurückhaltend. Für China war das Angebot ganz gewiss schmeichelhaft, doch rechnete man dort wohl schon von vornherein mit einer skeptischen Einstellung bei vielen anderen G8-Mitgliedern, vor allem aber bei den USA. Es wäre also vorschnell gewesen, hier in Jubel auszubrechen. Auf alle Fälle aber konnte sich Schröder mit dem G8-Vorschlag von vornherein des Wohlwollens der chinesischen Führung sicher sein, die überdies noch einiges gut zu machen hatte, da Schröder ja bereits im Mai 1999 zu einer – damals allerdings im Sande verlaufenen – Kurzvisite nach China gekommen war. Der Besuch hatte sich zu einem Zeitpunkt ereignet, als die chinesische Botschaft in Belgrad gerade durch NATO-Angriffe zerstört worden

war, sodass sich Schröder auf eine offizielle Entschuldigung im Namen der NATO hatte beschränken müssen.

Bei seinem diesmaligen Besuch war Schröder von zahlreichen Unternehmern begleitet worden. Nicht zuletzt aus diesem Grunde begann der China-besuch in Shanghai und führte dort vor allem zu Einrichtungen von VW und von Siemens.

In Beijing wurde Schröder am 4. November von Zhu Rongji im Ostflügel der Großen Halle des Volkes mit militärischen Ehren empfangen (XNA, 5.11.99).

In Beijing traf Schröder vor allem mit Ministerpräsident Zhu Rongji und mit Staatspräsident Jiang Zemin zusammen, wobei er sich, wie er betonte, alle Mühe geben wollte, einen „konstruktiven Dialog“ zu führen.

Bei seinen Besprechungen in Beijing stimmte Schröder, wie die FAZ (6./7.11.99) es ausdrückt, „Schalmeientöne“ an. Er beschrieb China als eine „bedeutende Macht in der Welt“. Von den 6 Mrd. Erdenbewohnern seien 1,25 Mrd. Chinesen – eine Tatsache, die sich auf die weitere Entwicklung der Welt entscheidend niederschlagen werde. Die Weltwirtschaft brauche Chinas Mitwirkung. Deutschland fordere die Aufnahme Chinas in die WTO (XNA, 6.11.99). Vor allem von der wirtschaftlichen Dynamik in der Region Shanghai zeigte sich der Kanzler beeindruckt. Zhu Rongji und Jiang Zemin hörten es gerne (XNA, 6. und 7.11.99).

Die Menschenrechtsfrage wurde nur am Rande angesprochen. Er, Schröder, sei nicht gekommen, um die Chinesen mit erhobenen Zeigefinger zurechtzuweisen. Auf die Frage eines Journalisten nach seiner Haltung zur Falungong, meinte Schröder, er sei kein Sektenexperte.

Im Übrigen nahm Zhu die Menschenrechtsbemerkungen so hin, wie es mittlerweile zum chinesischen Ritual geworden ist: Man hört sich die Haltung des Gegenüber an, betont die Andersartigkeit der Kulturen sowie des chinesischen Rechtsverständnisses, stellt klar, dass es eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten nicht geben darf, verspricht aber gleichzeitig einen Dialog, was dann auf

der anderen Seite als „Fortschritt“ interpretiert wird.

Zu wirklich praktischen Ergebnissen führen die Pflichtbemerkungen westlicher Politiker selten. Dies bekam auch Schröder zu spüren, während dessen Anwesenheit in Beijing am 4. November auf dem Tiananmenplatz ein Dutzend Falungong-Anhänger verhaftet wurden.

Im Anschluss an ihre Besprechungen und an eine Pressekonferenz vom 4. November nahmen die beiden Regierungschefs Schröder und Zhu an einer Zeremonie teil, bei der die beiden deutschen Chemiekonzerne BASF und Bayer Absichtserklärungen unterzeichneten. BASF und die China Petro Chemical Corp. kamen darin überein, eine Machbarkeitsstudie über ein integriertes petrochemisches Projekt in Nanjing (in Höhe von rund 5 Mrd. DEM) zu erstellen.

Unterzeichnet wurde ferner eine Absichtserklärung zwischen der Bayer AG und der Shanghai Polymer Company über künftige Investitionen in Höhe von rund 900 Mio. DEM (XNA, in SWB, 6.11.99).

Schon während der Gespräche mit Schröder war Zhu Rongji übrigens überraschend auf das Interesse Chinas am Transrapid für die Strecke zwischen Beijing und Shanghai zu sprechen gekommen. Allerdings handele es sich hier lediglich um eine Vision, keineswegs schon um einen festen Plan.

Die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen haben sich auch nach Beginn der Asienkrise weiter gut entwickelt. 1998 lag der Gesamtumsatz zwischen beiden Seiten bei 34,9 Mrd. DEM, wobei das deutsche Defizit erneut angestiegen war: Deutsche Exporte nach China: 11,9 Mrd. DEM, deutsche Importe aus China 23 Mrd. DEM – Defizit also 11,1 Mrd.

China ist nach Japan der bedeutendste Handelspartner Deutschlands in Asien. Gleichwohl entfallen nur 2,8% der deutschen Einfuhren (Platz 11) und 1,3% der Ausfuhren (Platz 18) auf China.

Nach Angaben der Deutschen Bundesbank investierten deutsche Unternehmen 1998 in China 886 Mio. DEM. 1997 waren es noch 1,59 Mrd. DEM

gewesen, 1996 1,52 Mrd. – ein Rückgang also im Jahre 1998!

Trotz des verhältnismäßig geringen Anteils deutscher Investitionen am Gesamtbestand der ausländischen Direktanlagen zählen Unternehmen aus Deutschland in vereinzelt Branchen, wie dem Automobil-, dem Elektronik- und dem Chemiebereich zu den wichtigsten Partnern Chinas.

Deutsche Unternehmen beklagen weiterhin den Mangel an verlässlichen Marktinformationen sowie extrem hohe Einstiegskosten. Mittelständische Unternehmen könnten hier häufig nicht mithalten. Umso wichtiger sind Starthilfen der Deutschen Außenhandelskammer sowie das Anfang 1999 in Beijing eröffnete Deutsche Haus.

Für einen Besuch dieser Einrichtungen blieb dem Kanzler angesichts des vollen Terminkalenders allerdings keine Zeit.

Mit den beiden oben erwähnten, von BASF und Bayer geplanten Projekten ist der seit einiger Zeit sich abzeichnende Rückgang deutscher Investitionen konterkariert worden, zumindest psychologisch. Auch waren die Erklärungen der beiden Chemieriesen eine Bekundung dafür, dass China für die deutsche Wirtschaft nach wie vor ein interessanter Partner ist, der heutzutage allerdings etwas realistischer eingeschätzt wird, als es in den noch von Optimismus erfüllten 80er Jahren der Fall war.

Nach dem Abschluss des Besuchs sprach Schröder von einem „wirklichen Erfolg“ seiner China-Visite, in deren Mittelpunkt neben der Festigung und Entwicklung der deutsch-chinesischen Beziehungen Fragen des Ausbaus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit standen hätten. -we-

3 Einladung Chinas zur G8-Konferenz?

Bereits Bundeskanzler Schröder hatte bei seinem Beijing-Besuch im November 1999 den Vorschlag unterbreitet, dass die VR China in Zukunft zur G8 hinzugezogen werden solle. Das Treffen der Großen Sieben war ursprünglich unter Zulassung Russlands zur G8 erweitert worden. Ihm gehören heutzutage Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan,

Kanada, Russland und die USA, also die führenden Wirtschaftsmächte dieser Erde an.

Da der G8-Gipfel diesmal, d.h. im Juli 2000, im japanischen Okinawa stattfindet, hat die japanische Regierung den Vorschlag Schröders aufgegriffen und möchte gerne auch China mit hinzuladen (21. bis 23. Juli).

Die USA stehen diesem Vorschlag jedoch skeptisch gegenüber und haben sich einstweilen quer gelegt (*Kyodo*, in SWB, 2.3.00). -we-

4 Stürmischer Wellengang in den Beziehungen zur EU

Zwei Ereignisse haben verdeutlicht, dass es mit den chinesisch-europäischen Beziehungen, trotz gegenteiliger Versicherungen und Beschwörungen, nicht immer zum Besten bestellt ist.

Da ist erstens der Abbruch der WTO-Gespräche. Nachdem es im November 1999 zu einem bilateralen Handelsabkommen zwischen Washington und Beijing gekommen war – und damit das wichtigste Hindernis auf dem Weg zum Beitritt Chinas in die WTO beseitigt zu sein schien –, ist es nun, etwas überraschend, zu Schwierigkeiten im Verhältnis zwischen Beijing und Brüssel gekommen, obwohl die EU seit Jahren die Mitgliedschaft der VRCh in der WTO fordert.

Über den Beitritt verhandeln die WTO-Länder bilateral, wobei die einzelnen „Mitglieder“ auch als Gemeinschaft auftreten können, z.B. die EU.

Mit den meisten WTO-Ländern hat China bei Gesprächen in Genf längst Einigung erzielen können, nicht dagegen mit der EU (Verhandlungen in Beijing und in Brüssel!).

Am 28. März kam EU-Außenhandelskommissar Pascal Lamy persönlich nach Beijing, um – in einem dritten Anlauf – verbleibende Schwierigkeiten unter Dach und Fach zu bringen.

In einigen Fragen, wie der Öffnung des chinesischen Marktes für Telekommunikationseinrichtungen, für Versicherungs- und für Bankgeschäfte, aber auch bei der Regelung des geistigen Eigentums konnten jedoch auch diesmal keine Einigungen erzielt werden –

und die Lamy-Kommission reiste ohne Ergebnisse nach Brüssel zurück. Damit war die dritte Runde ergebnislos zu Ende gegangen.

Beide Seiten sind sich allerdings darin einig, dass langfristig eine Einigung erzielt werden *muss*, da der Handel von Jahr zu Jahr zunimmt, wobei übrigens die VRCh stets gewaltige Überschüsse erzielt, insofern nämlich die EU-Importe aus China in der Regel mehr als doppelt so hoch sind wie EU-Exporte dorthin. Dies beweisen vor allem die Jahre 1995-1998. 1995 importierte die EU aus China Waren für (aufgerundet) 26 Mrd. US\$ und exportierte dorthin 15 Mrd. 1996 lautete dieses Verhältnis 30:15, 1997 37:16, 1998 42:18 und 1999 56:30 (*Xinhua*, in SWB, 8.3.00).

Auch die Investitionen steigen kontinuierlich. Bis Oktober 1999 hatten Firmen aus der EU 10.025 Projekte in China aufgezogen – mit einem Gesamtbetrag von 396 Mrd. US\$, von denen 207 Mrd. bereits ausgezahlt worden sind. In den Monaten Januar bis Oktober 1999 kamen weitere 695 Direktinvestitionsprojekte hinzu – mit einem Gesamtbetrag von 325 Mrd. US\$. Bei den europäischen Projekten handelt es sich zudem um hochkapitalisierte und hochtechnische Anlagen, womit sie genau in die Planungen Beijings passen.

Außerdem ist die EU Hauptquelle des Technologietransfers nach China – der Anteil liegt pro Jahr im Durchschnitt bei rund 65%. Auch bei der Zusammenarbeit im Ausbildungs-, Wissenschafts- und Technologiebereich ist die EU der wichtigste Partner Chinas (ebd.).

Angesichts dieser Dichte der Austauschbeziehungen erwartet die EU höhere Zugeständnisse, als sie von Beijing den USA eingeräumt worden sind.

Licht und Schatten liegen hier also dicht beieinander.

Schatten gab es auch bei einem zweiten Ereignis, als nämlich der neu ernannte EU-Kommissar für Außenbeziehungen, Chris Patten, Ende Dezember 1999 der chinesischen Regierung seine Aufwartung in Beijing machte.

Patten kam zusammen mit EU-Präsident Romano Prodi und Pa-

vo Lipponen, dem Ministerpräsidenten Finnlands, das damals die EU-Präsidentschaft innehatte, zu Gesprächen nach Beijing.

Die Situation war deshalb heikel, weil Patten während seiner Zeit als letzter Gouverneur Hongkongs zum Erzfeind der Beijinger Regierung geworden war – hauptsächlich wegen der von Patten in letzter Minute gestarteten Demokratisierungsversuche, die der chinesischen Regierung überaus unangenehm gewesen waren. Aus diesem Grund war der Gouverneur geschmäht und als ein „Sünder auf 1.000 Generationen hin“ gescholten worden.

Eben dieser „Sünder“ aber ist nun EU-Außenkommissar und musste in dieser Eigenschaft u.a. auch von Ministerpräsident Zhu Rongji begrüßt werden. Im Vorfeld der Visite bekannte Patten: „Ich war in der Großen Halle des Volkes im Mai 1989 bei einer Sitzung der ADB und ich war zuletzt in Beijing im Jahre 1992 aus Anlass von überaus stürmischen und ganz gewiss nicht freundschaftlichen Diskussionen. Und so freut es mich, dass ich jetzt auch wiederkomme“ – zu einem hoffentlich freundlicheren Empfang (SCMP, 22.12.99).

Auf Grund seiner früheren Auseinandersetzungen mit der chinesischen Regierung ist Patten nun geradezu verpflichtet, sich Beijing gegenüber als aufrechter und kompromissloser Verfechter der Menschenrechte zu zeigen. Kein Wunder, dass er seinen Gesprächspartnern gegenüber auch die Frage der politischen Dissidenten und der verbotenen Falungong thematisierte.

Die chinesischen Gastgeber haben das etwas peinliche Zeremoniell mit Würde überstanden.

Allen Irritationen zum Trotz bleibt die Suche nach dem „Gemeinsamen“ aber das Hauptbestreben im chinesisch-europäischem Verhältnis.

Schon im Februar 1998 hatte der damalige Ministerpräsident Li Peng erklärt, dass sich China der EU in gleich sechs grundlegenden Bereichen verbunden fühle (XNA, 18.2.98, C.a., 1998/3, Ü 1):

- (1) Keine Konflikte in fundamentalen Fragen,

- (2) Komplementarität in wirtschaftlicher und technologischer Hinsicht,
- (3) gemeinsame oder ähnliche Ansichten in Fragen der internationalen Politik,
- (4) Übereinstimmung in Fragen des Völkerrechts sowie der UNO-Priorität,
- (5) Respektierung der gegenseitigen Kulturbesonderheiten und
- (6) gemeinsame Sorge für jene Probleme, die das Überleben der Menschheit betreffen. -we-

5 50 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen China und der Schweiz

Bereits am 17. Januar 1950 hatte die Schweiz als eines der ersten Länder Europas der neuen Regierung der VRCh (ausgerufen am 1. Oktober 1949) die Anerkennung ausgesprochen und am 14. September 1950 diplomatische Beziehungen aufgenommen.

Die Bedeutung dieses Ereignisses ist aus heutiger Sicht nur dann zu begreifen, wenn man sich die damalige Isolation der VR China und die daraus resultierende, überaus schwierige diplomatische Lage des neugegründeten Staatswesens vor Augen führt.

Im Oktober/November 1949 hatten zunächst die damaligen Ostblockstaaten ihre diplomatische Anerkennung für die VRCh ausgesprochen, und zwar – in dieser Reihenfolge! – die Sowjetunion, Bulgarien, Rumänien, Nordkorea, die CSSR, Ungarn, Polen, die Mongolische VR, die DDR, Albanien und Nordvietnam.

Im April 1950 folgten Indien, im Mai Schweden und Dänemark, im Juni Birma und Indonesien und dann, im September, die Schweiz und Finnland. Im Mai 1951 schloss sich noch Pakistan an, bevor dann eine längere Pause von drei Jahren einkehrte und erst 1954 wieder drei weitere diplomatische Partner hinzukamen, nämlich Großbritannien, Norwegen und die Niederlande.

Unter den westeuropäischen Ländern war die Schweiz also der dritte Staat, der den damals noch kühnen diplomatischen Schritt wagte, der jedoch so gleich die vorteilhaftesten Konsequenzen mit sich brachte: China richtete

nämlich in Bern die auf Jahre hinaus wichtigste diplomatische Vertretung des Neuen China in Westeuropa ein, über die später u.a. auch Gespräche mit der BR Deutschland aufgenommen wurden, und zwar von der Regierung des damaligen Bundeskanzlers Ludwig Erhard.

Der Schweizer Botschafter in China, Dominique Dreyer, weiß das Jubiläum mit Gespür für Öffentlichkeit zu nutzen. Im Laufe des Jahres 2000 sollen mehrere Veranstaltungen mit Künstlern und Ausstellungen durchgeführt werden, die an den denkwürdigen Schritt der beiden Staaten vor 50 Jahren erinnern (XNA, 16.3.00). -we-

6 Neues VRCh-Dilemma in den USA

Wieder einmal sieht sich die US-amerikanische Regierung vor eine schwierige Entscheidung gestellt, insofern sie gleichzeitig die VRCh und Taiwan bedienen will: Einerseits gilt es, den Kongress von der Notwendigkeit einer Ratifizierung des bilateralen Handelsvertrags mit China zu überzeugen, andererseits aber auch die Zustimmung für weitere Waffenlieferungen an das von der VRCh bedrohte Taiwan zu erlangen.

Im November 1999 haben beide Seiten ein Handelsabkommen unterzeichnet, das der VRCh einen PNTR-Status (Permanent Normal Trade Relations) einräumen würde. Bekanntlich bilden die PNTR die entscheidende Voraussetzung für einen Eintritt der VR China in die Welthandelsorganisation (WTO).

Die Entscheidung dürfte dem Kongress nicht leicht fallen. Bisher konnte über den Meistbegünstigungsstatus (so wurde „PNTR“ früher genannt!) zu Gunsten Chinas jeweils von Jahr zu Jahr entschieden werden, sodass hier eine Art Druckmittel gegen Beijing zur Hand war. Die Ratifizierung des Handelsvertrages würde die Meistbegünstigung dagegen ein für allemal festschreiben. In diesem Fall, so argumentieren die Gegner der Unterzeichnung, könne China selbst bei schweren Menschenrechtsverletzungen nicht mehr richtig zur Rechenschaft gezogen werden.

Sowohl Clinton als auch sein Stellvertreter Gore riefen den Kongress Anfang März dazu auf, seine Zustimmung zur Ratifizierung zu erteilen. Das Normalisierungsabkommen sei der wichtigste Beitrag der USA für einen konstruktiven Wandel in der VRCh seit dem historischen Beijing-Besuch des damaligen Präsidenten Richard Nixon im Jahre 1972. Es gelte jetzt die Weichen zu stellen (XNA, 17.3.00). Al Gore wies darauf hin, dass das Abkommen für die USA auch insofern von Nutzen sei, als jede zusätzliche Dollar-Milliarde im Export rund 20.000 Arbeitsstellen in den USA schaffe.

Mit ähnlichen Argumenten drängte am 9. März auch die chinesische Regierung auf eine „klare und unmissverständliche Entscheidung“ (XNA, 10.3.00).

Ein geregelter Zugang zum US-Markt ist für die chinesische Exportwirtschaft von enormer Bedeutung, da die bilaterale Handelsbilanz seit Jahren hohe und von Jahr zu Jahr wachsende Überschüsse zu Gunsten Chinas abwirft. Vergleicht man die chinesischen Importe aus den USA mit den chinesischen Exporten in die USA, so ergibt sich für 1994 (aufgerundet) das Verhältnis 9 Mrd.:41 Mrd. US\$, für 1995 12:50, für 1996 12:54, für 1997 13:66, für 1998 14:75. 1999 hat sich diese Entwicklung festgesetzt; Zahlen sind bisher allerdings nur für die Monate Januar bis Oktober verfügbar: 11:71.

Etwas undiplomatisch gab der Sprecher des Außenministeriums, Zhu Bangzao, zugleich mit der Forderung, dass das bilaterale Handelsabkommen unterzeichnet werde, noch eine zusätzliche weitere Erklärung heraus, in der die USA gewarnt wurden, weiter Waffen an Taiwan zu liefern. Das US-Verteidigungsministerium habe dem Kongress die Absicht mitgeteilt, an Taiwan 162 Hawk-Flugzeugabwehrraketen zu liefern und außerdem das bestehende TPS-43F-Radarsystem auf TPS-75V-Standard zu bringen – Wert des Handels: 200 Mio. US\$.

China sei über Nachrichten dieser Art tief beunruhigt und fordere die USA dazu auf, „augenblicklich alle Waffenverkäufe an Taiwan einzustellen“. Durch nicht weniger als drei Kommandeure hätten sich die USA bisher

eindeutig auf einen Waffenlieferungsverzicht verpflichtet, ihr Wort aber trotzdem immer wieder gebrochen. Es handle sich hier um eine ernsthafte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas (XNA, 10.3.00).

Die Clinton-Regierung findet Argumente dieser Art nicht überzeugend, da es sich bei den gelieferten Waffen nicht um Angriffs-, sondern um Verteidigungsgerät handle. Nicht Taiwan oder die USA, sondern die VR China und ihre VBA seien die Angreifer. Man erinnere sich doch an die zahlreichen Marinemanöver der VBA, an den Abschuss von zwei (unmunitionierten) Raketen in Richtung Taiwan und an die Drohungen gegenüber der Inselbevölkerung mit der Neutronenbombe!

Unbeeindruckt von solchen „Ausreden“ weist Beijing die amerikanische Regierung immer wieder auf die zentrale Bedeutung der Taiwan-Frage für die amerikanisch-chinesischen Beziehungen hin. Es genüge nicht, dass die USA ihre „Ein-China-Politik“ nur in Worten bekräftigten; sie müssten den Worten vielmehr auch Taten folgen lassen, indem sie vor allem die Waffenlieferungen an Taiwan einstellten. Die USA wiederum bestehen darauf, dass China vorher von seiner Kriegsandrohungspolitik gegenüber Taiwan abzurückt. -we-

7 Zankapfel TMD und NMD

Der Streit um den Aufbau eines TMD-(Theater Missile Defense), also eines Raketenabwehr-Systems (unter Einbeziehung Japans und Taiwans) in Asien und eines NMD-(National Missile Defense)-Systems in den USA, gerät immer mehr in den Mittelpunkt nicht nur chinesisch-amerikanischer Polemiken, sondern auch der „strategisch-partnerschaftlichen“ Invektiven Chinas und Russlands gegen die USA.

Das TMD war z.B. nicht nur ein Hauptgesprächsgegenstand beim Besuch des chinesischen Außenministers Tang Jiaxuan in Moskau (28.2. bis 1.3.2000) (vgl. dazu Übersicht 8 im vorliegenden Heft), sondern bildete auch den Hauptangriffspunkt Sha Zukangs auf die amerikanische Politik. Sha ist Chinas Hauptrepräsentant im „Abrüstungsausschuss des Außenministeriums“. Am 12. November

1999 hatte er darauf hingewiesen, dass die TMD- und NMD-Pläne gegen den ABM-(Antiballistic Missile)-Treaty verstießen, der noch während des Kalten Kriegs zwischen den USA und der ehemaligen Sowjetunion abgeschlossen worden war. Der ABM-Vertrag bezwecke, ebenso wie der NPT-(Nonproliferation-, Nichtweiterverbreitungs)-Vertrag, die Verminderung der Gefahr gegenseitiger Angriffe und laufe auf nukleare Abrüstung hinaus. Wenn ein Land nun aber nicht etwa abrüste, sondern Abwehrsysteme gegen eventuelle Angriffe des anderen errichte, so beeinträchtigte dies die strategische Balance (XNA, 26.11.99).

Die USA hätten bisher schon mehrere Male ihrer Überzeugung Ausdruck verliehen, dass der ABM-Vertrag ein Pfeiler der strategischen Gleichgewichtserstellung und eine Voraussetzung für weitere nukleare Abrüstung sei. Nun aber versuchten sie, den Bestimmungen des ABM-Vertrags durch die Hintertür zu entgehen, ja sich aus dem Vertrag vielleicht sogar gänzlich wegzustehlen. Dies sei ein höchst merkwürdiges Verhalten – und könne nicht hingenommen werden. Russland jedenfalls habe sich dankenswerterweise jeder Aufweichung des ABM-Vertrags verweigert.

Westliche Beobachter (z.B. NZZ, 28.11.99) fragen, warum Sha diese keineswegs neuen Überlegungen ausgerechnet jetzt vorgebracht habe, und weisen darauf hin, dass es sich hierbei möglicherweise um eine Ablenkung von eigenen „Sünden“ handle, nämlich dem Aufbau einer Raketenbasis in der Taiwan gegenüber liegenden Provinz Fujian. (Die Rede ist hier von einem Ort namens „Yangang“, der angeblich rund 480 km von Taiwan entfernt sei. Auf den einschlägigen Kartenwerken lässt sich ein solcher Ort jedoch nicht ausmachen. Zumindest amerikanische Spionagesatelliten sollen die Installation in „Yangang“ entdeckt haben.)

Auf alle Fälle ist Taiwan alarmiert und hat nun verstärkt über die Aufnahme in das vorgeschlagene TMD-Schutzprojekt nachzudenken, um sich auf diese Weise gegen Angriffe von Seiten des Festlands zu immunisieren. Der VRCh bliebe dann nur noch die Androhung einer konventionellen Invasion mit Schiffen.

Allerdings dürften bis zur Errichtung des TMD und bis zur Erlangung einer ausreichenden Operationsfähigkeit der VBA-Marine noch viele Jahre vergehen. Bis dahin bliebe Taiwan durchaus verwundbar. Nichts könnte freilich absurder sein als ein Raketenangriff auf Taiwan (Näheres dazu C.a., 2000/2, S.148-154).

Zwei Ereignisse sind im Zusammenhang mit der TMD-Diskussion bemerkenswert:

Zum einen gerät die TMD-, NMD- und ABM-Problematik immer mehr in den Mittelpunkt der chinesisch-russischen Überlegungen zur Herstellung einer „globalen strategischen Stabilität“ (XNA, 29.11.99). Zum anderen rücken Raketenrüstungs- und Nuklearüberlegungen wieder mehr ins Rampenlicht. Symbolisch kam dies u.a. in den groß angelegten Feiern zum 100. Geburtstag des 1992 gestorbenen, früheren Marschalls Nie Rongzhen (1899-1992) zum Ausdruck, der als Gründer der „chinesischen Verteidigungsindustrie“ und nicht zuletzt als langjähriger Hauptprotektor des chinesischen Nuklear-, Raketen- und Weltraumprogramms gilt (XNA, 29.11.99). -we-

8 Neubestätigung der „strategischen Partnerschaft“ bereits im Vorfeld der Wahl Putins zum russischen Präsidenten

a.) *Besprechungen Tang Jiaxuan*

Am 26. März 2000 fand die Wahl Putins zum russischen Präsidenten statt. Wenige Wochen vorher, nämlich vom 28. Februar bis 1. März 2000, war Außenminister Tang Jiaxuan zu seinem ersten Russlandaufenthalt nach Moskau gekommen und hatte dort Gespräche nicht nur mit seinem Amtskollegen, sondern auch mit dem Präsidentschaftskandidaten geführt, dessen Wahl zu dieser Zeit schon weitgehend feststand. Tang übergab auch einen Brief Jiang Zemins. Offensichtlich sollte der Besuch einer Fortschreibung der „strategischen Partnerschaft“ zwischen beiden Seiten dienen, die unter Präsident Jelzin begründet worden war.

In der Tat kam es im Laufe der Gespräche zu einer nahezu lückenlosen Übereinstimmung der beiderseitigen Po-

sitionen. Folgende Einzelpunkte sind erwähnenswert:

- Noch im laufenden Jahr soll ein weiteres chinesisch-russisches Gipfeltreffen stattfinden.
- Beide Seiten beschlossen auch Vorbereitungen dafür zu treffen, dass es in Zukunft zu regelmäßigen Treffen zwischen ihren Ministerpräsidenten kommt.
- Das chinesisch-russische Verhältnis sei nicht gegen eine dritte Partei gerichtet, sondern finde im Zug der Multipolarisierung der neuen Weltordnung statt.
- Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten unter dem Vorwand von Menschenrechten seien eine Verletzung der UNO-Charta.
- Die „globale strategische Stabilität“ und Ausgewogenheit müsse im Interesse des Weltfriedens beibehalten werden. Der 1972 unterzeichnete ABM-Vertrag sei die Grundlage „strategischer Stabilität“.
- Beide Seiten stimmten in den grundlegenden Sicherheitsfragen entlang ihrer Nachbarregionen überein, sei es nun im asiatisch-pazifischen, im zentralasiatischen oder im südasiatischen Bereich. Beide wollten ihre Zusammenarbeit in diesen Bereichen innerhalb des Rahmenwerks der „Shanghaier Fünf“ fortsetzen. Zu den genannten „Fünf“ gehören China, Russland und die drei zentralasiatischen Republiken, mit denen China gemeinsam Grenzen hat, nämlich Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan. Sie hatten sich in den vergangenen Jahren mehrere Male zu Zwecken der Grenzabsicherung und der gegenseitigen Vertrauensbildung getroffen, u.a. auch in Shanghai. Es handelt sich m.a.W. um jene fünf Mächte, die für den Frieden in Zentralasien am meisten verantwortlich sind. (Die „Fünf“ treten aber auch *bilateral* miteinander in Kontakt: So verhandelte die CNPC (China National Petroleum Oil Corporation) im Dezember 1999 mit der Staatlichen Kasachischen Ölgesellschaft über den Bau einer Ölpipeline für den Transport kasachischen Öls nach China. Erste Teilabschnitte über 3.000 km wa-

ren bereits 1997 vereinbart worden (Interfax, in SWB, 15.12.99). 1998 hat Kasachstan an China 360.000 Tonnen Rohöl geliefert, im Jahre 2000 sollen es über 500.000 Tonnen sein.)

- Beide Seiten, China und Russland, unterstützten aktiv alle Anstrengungen im asiatisch-pazifischen Bereich, die der dortigen regionalen Sicherheit dienen, vor allem der Schaffung von nuklearfreien Zonen.
- Russland unterstütze die chinesische Politik gegenüber Hongkong und Macao sowie in der Taiwan-Frage.
- Die chinesische Seite andererseits unterstütze die „antiterroristischen“ Operationen Russlands in Tschetschenien (XNA, in SWB, 3.3.00).

Anlässlich der Visite Tangs wurden auch noch zwei Abkommen unterzeichnet, die dem Besuch der Staatsbürger beider Seiten sowie ihre Befreiung vom Visazwang regeln.

b.) *Klebanov und die russischen Rüstungsgeschäfte mit China*

Zwei Tage, nachdem Tang Moskau wieder verlassen hatte, traf der russische Stellvertretende Ministerpräsident Ilya Klebanov zu einem ebenfalls dreitägigen Besuch in Beijing ein, wobei im Mittelpunkt der Gespräche wieder einmal der für Russland überaus lukrative Handel mit Militärgütern stand. Klebanov, der an der Spitze des militärisch-industriellen Komplexes steht, verhandelte u.a. mit Außenhandelsministerin Wu Yi sowie mit dem Stellvertretenden ZK-Militärausschussvorsitzenden Zhang Wannian. Darüber hinaus kam er mit Jiang Zemin und Ministerpräsident Zhu Rongji zusammen.

Auch diesmal ging es um ein „Festklopfen“ gemeinsamer Standpunkte über den Wahltermin vom 28. März hinaus.

Außerdem kam es beim Besuch Klebanovs noch zur Unterzeichnung zweier Abkommen, nämlich über die Lieferung von spaltbarem Material an das von Russland mitgebaute Tianwan-KKW, im östlichen Teil der Provinz Jiangsu, sowie über ein „Technologie- und Wissenschaftskooperationsprogramm“.

Klebanov wies darauf hin, dass Russland seinen Handel mit China etwas ausgeglichener gestalten wolle – weg vom reinen Handel mit Militärgütern und hin zur stärkeren Einbeziehung von Zivilgütern. Während der Visite Klebanovs wurden allerdings keine neuen Rüstungslieferungsabkommen geschlossen. Immerhin bedarf es ja auch noch einer vielfachen Konkretisierung der bereits unterzeichneten Verträge. Verhandelt wurde möglicherweise über das Auslieferungsdatum eines zweiten Raketenzerstörers der Sovremenny-Klasse und einer Fortsetzung der Lieferung von Sukhoi-27-Jagdflugzeugen. Vielleicht wurden auch neue gemeinsame Öl- und Gasprojekte sowie die Herstellung einer „neuen Generation von Zivilflugzeugen“ diskutiert (Bau der SU 27 in China).

Bereits im August 1999 hatte Klebanov Gespräche geführt, in denen dann ein Vertrag über den Verkauf von 60 Maschinen des Typs SU 30 im Werte von rund 30 Mrd. US\$ unter Dach und Fach gebracht worden war (C.a., 1999/8, Ü 3). Mit Lieferungen dieses Kalibers erhält Beijing ein militärisches Instrumentarium an die Hand, das seinen Angriffsdrohungen gegen Taiwan mehr Gewicht verleihe. Auch über den Verkauf russischer MI-8T-Helikopter an China wurde im August 1999 verhandelt.

Allen Freundschaftsbekundungen zum Trotz ist das Klima zwischen Beijing und Moskau allerdings keineswegs ungetrübt. Nach wie vor gibt es Streit um einige Inseln im Amur- und Ussuri-Gebiet, nach wie vor auch ist Beijing über Agitationen in der russischen Bevölkerung zum Thema „gelbe Gefahr“ beunruhigt und nicht zuletzt liegt die Zeit der Auseinandersetzungen, bei denen Moskau noch als Feind Nr. 1 gegolten hatte, gerade einmal 15 Jahre zurück. -we-

9 Einbindung Chinas: Ein Hauptziel der ASEAN-Außenpolitik

ASEAN-Generalsekretär Rodolfo C. Severino erklärte in einem Interview an seinem Amtssitz in Jakarta, dass China aus ASEAN-Sicht eine hervorragende Rolle in Südostasien spiele und die Hoffnung bestehe, die VRCh

werde eine noch aktivere Rolle bei der regionalen Stabilisierung übernehmen.

Die ASEAN-Länder erwarten von China erstens eine konstruktive Dialog-Partnerschaft in dem (seit 1994 bestehenden) ARF (ASEAN Regional Forum) und eine Mitwirkung bei der Schaffung einer südostasiatischen, nuklearfreien Zone.

Außerdem stehe man mit der VR China in ständigen Arbeitsbeziehungen über Handels- und Investitions- sowie über Wissenschafts- und Technologiefragen. Nicht zuletzt gebe es zwischen dem Sekretariat und Beijing jedes Jahr eine offizielle Konsultation, bei der die Beziehungen zwischen ASEAN und China Hauptthema seien (XNA, 10.3.00).

Zusätzlich erwähnt werden sollte hier die noch kurz vor der Jahrtausendwende beschlossene 10+3-Konferenz, an der neben den 10 ASEAN-Staaten auch Japan, Südkorea und die VR China beteiligt sind. -we-

10 China und Indien sind erstmals in einen „Sicherheitsdialog“ eingetreten

Am 6. März 2000 begann in Beijing der erste (zweitägige) Sicherheitsdialog zwischen jenen beiden bevölkerungsreichsten Staaten Asiens, die zu Beginn der 50er Jahre, d.h. zur Zeit Nehrus und Zhou Enlais noch in einem „Bruderschaftsverhältnis“ gestanden hatten („hindi chini bhai-bhai“: „Indien und China sind Bruderländer“), die dann aber 1967 einen Krieg geführt und sich anschließend jahrzehntelang diplomatisch immer weiter voneinander entfernt hatten, wobei sich Indien mit der Sowjetunion verbündete – jenem Staat also, der den Chinesen seit 1968 als „hegemonistischer“ Hauptfeind galt!

Erst 1981 begannen sich beide Seiten nach und nach wieder einander anzunähern, wobei der Besuch des damaligen Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi in Beijing im Jahre 1988 den Durchbruch gebracht zu haben scheint (Näheres C.a., 1996/12, Ü 4, und C.a., 1999/02, S.141).

Lange Zeit hatte es in Südasiens auch klare Fronten gegeben: Auf der einen Seite standen Pakistan und Bangladesch, unterstützt von China und den

USA, auf der anderen Seite Indien, unterstützt von der Sowjetunion (und später Russland).

Diese Konturen beginnen sich seit Mitte der 90er Jahre aufzulösen: Die indisch-russischen Bindungen haben nachgelassen, nicht zuletzt deshalb, weil das wirtschaftlich schwache Russland für Indien nicht mehr besonders interessant ist.

Andererseits haben sich die USA immer stärker für Indien zu interessieren begonnen: Im November 1997 beispielsweise besuchte Außenministerin Albright die Indische Union. Es war dies der erste Besuch eines amerikanischen Außenministers seit 17 Jahren. Vor allem aber kam im März 2000 Präsident Clinton persönlich nach Indien und bekundete mit dieser Visite (selbst wenn sich ein Pakistan-Besuch anschloss), dass sich die amerikanischen Interessen mittlerweile auf Indien hin zu verlagern beginnen: nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Erwägungen!

Was China anbelangt, so beginnt sein Interesse an Pakistan ebenfalls nachzulassen (dazu C.a., 1999/06, S.591-595).

Es gibt hier also zahlreiche Verschiebungen diplomatischer Art, die in Beijing offensichtlich mit gemischten Gefühlen beobachtet werden, zumal die fünf indischen Atomtests vom Mai 1998 noch frisch im Gedächtnis sind, denen wenige Wochen später sechs pakistanische Versuche der gleichen Art gefolgt waren; dies gilt auch für die Mittelstreckenraketenstarts, die von Indien und Pakistan veranstaltet worden sind.

Beunruhigend ferner, dass die beiden südasiatischen Staaten sich weigern, die Resolution 1172 des UNO-Sicherheitsrats (Atomteststopp) zu unterschreiben (XNA, 8.3.00). Stattdessen hat der Premierminister der hindu-nationalistischen Regierung, Vajpayee, gerade Anfang März wieder auf die Berechtigung der vor zwei Jahren durchgeführten unterirdischen Tests („Pokhran II“) gepocht und den Anspruch seines Landes auf eine glaubwürdige nukleare Abschreckung bekräftigt.

Hatte Beijing eine Zeit lang gehofft, dass andere Staaten, wie z.B. die USA und Japan, die indische Atomtestpoli-

tik heftig kritisieren würden, so ist es über die fast schon „verständnisvollen“ Reaktionen dieser Staaten verärgert, nicht zuletzt über Japan, das in der Atommacht Indien mittlerweile schon fast so etwas wie einen Gegenpol zu China begrüßt.

Auch die Möglichkeit, dass es zu einer strategischen Partnerschaft zwischen Neu Delhi und Washington kommen könnte, ist für Beijing keine angenehme Perspektive.

Kurzum – es gibt viel zu besprechen zwischen China und Indien! Allerdings wurde der Sicherheitsdialog nicht auf Gipfel-, sondern „lediglich“ auf Staatssekretärs-Ebene geführt. Die indische Seite war durch den „Sekretär für Abrüstungsfragen“, die chinesische Seite durch den „Generaldirektor für Asiatische Angelegenheiten im Außenministerium“ vertreten.

Beide Seiten betonten, sie wollten die seit den Pokhran-Tests vom Mai 1998 gestörten Beziehungen wieder etwas aufhellen. Die „Nuklearfrage“ nehme dabei einen zentralen Stellenwert ein (PTI, in SWB, 6.3.00).

China pochte während der Gespräche auf Unterzeichnung des CTBT (Comprehensive Test Ban Treaty) durch Indien, während dieses wiederum versuchte, Verständnis bei den Chinesen dafür zu finden, dass auch Indien über eine glaubhafte Abschreckungsmacht verfügen müsse.

Am Ende ist bei dem zweitägigen Dialog wenig Konkretes herausgekommen. Die Parteien verhielten sich denn auch sehr zugeknöpft. Doch hatten sie im Vorfeld erkennen lassen, dass es bereits als Fortschritt zu werten sei, wenn man in puncto „Sicherheit“ überhaupt miteinander ins Gespräch komme. Immerhin waren sich beide Seiten darin einig, dass die von ihnen 1954 gemeinsam aus der Taufe gehobenen „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ auch weiterhin das beiderseitige Verhältnis bestimmen sollten (XNA, 17.3.00). -we-

11 Druck auf Japan in der Taiwan-, der Rechtsradikalen- und der Falungong-Frage

Ministerpräsident Zhu Rongji hat seine Absicht bekundet, im Oktober des

laufenden Jahres Japan zu besuchen. Dieser Besuch habe, wie er betonte, nichts zu tun mit dem G8-Gipfel, der im Juli in Okinawa tagt und zu dem, nach einer Anregung von Bundeskanzler Schröder und von Seiten der japanischen Regierung, auch die VR China hinzugeladen werden soll.

Der Besuch Zhus scheint allerdings noch von einer Reihe von Voraussetzungen abhängig gemacht zu werden. Zumindest von drei Mindestvoraussetzungen geht die chinesische Seite aus, nämlich (1) der Nichteinladung Li Denghuis nach Japan, (2) einem verstärkten Kampf gegen Falungong-Anhänger in Japan und (3) von mehr Distanz der japanischen Regierung zur politischen „Rechten“ ihres Landes.

– In einer Verlautbarung vom 9. März wies der Sprecher des Beijinger Außenministeriums warnend darauf hin, dass ein Besuch des scheidenden taiwanischen Staatspräsidenten Li Denghui in Japan zu „ernsthaften Rückschlägen in den sino-japanischen Beziehungen“ führen könnte (XNA, 10.3.00). Eine solches Geschehen würde ganz gewiss zur Absage der Visite Zhu Rongjis führen, und zwar gleichgültig, ob Li Denghui z.Z. seines Besuchs noch Präsident sei oder nicht mehr. Der am 18. März gewählte Chen Shuibian wird sein Amt bekanntlich erst im Mai antreten (AFP, in FBIS EAS, 19.3.00).

– Zweitens verlangt Zhu ein entschlosseneres Vorgehen der japanischen Regierung gegen „ultrarechte Gruppierungen“. Besonderen Ärger hat in China eine Konferenz im Internationalen Friedenszentrum in Osaka vom Januar 2000 ausgelöst. Die „ultrarechten“ Teilnehmer hätten bei diesem Treffen erneut das Nanjing-Massaker von 1937 in Frage gestellt. Während China von 300.000 Morden und Vergewaltigungen ausgeht, wurden in Osaka schlicht die Fakten geleugnet. Aus der Sicht Chinas ist ein solches Verhalten nicht weniger verfolgungswürdig als etwa die Leugnung des Holocaust in Deutschland.

Die japanische Regierung versucht, die Führung in Beijing zu beruhigen. Randgruppen wie die in Osaka zusammengetretenen „Rechten“ könnten doch ein Jahrhundertereignis wie die chinesisch-japanische Wiederver-

söhnung nicht beeinträchtigen (*Kyodo*, in SWB, 7.3.00)!

Verärgert zeigt sich Beijing auch über die Schwierigkeiten eines (heute 88-jährigen) früheren japanischen Soldaten, der die Nanjinger Ereignisse von 1937 als Augenzeuge miterlebt und der im April 1996 sein damals geschriebenes Tagebuch veröffentlicht hatte, in dem seine persönlichen Eindrücke festgehalten waren. U.a. hatte er einen seiner Mitsoldaten dabei beobachtet, wie er eigenhändig chinesische Opfer mit Benzin übergossen und angezündet hatte. Statt für die Zivilcourage der Veröffentlichung belobigt zu werden, war er aber wegen Verleumdung angeklagt und dann in der Tat auch gerichtlich verurteilt worden, weil bestimmte Einzelheiten seiner Aussage sich angeblich nicht mit den Realitäten gedeckt hätten. U.a. ging es um einen Weiher, in den eines der Opfer angeblich hineingestoßen worden sei. Dieser Weiher existiere nicht, hieß es in der Urteilsbegründung. Mittlerweile haben rund 60.000 Chinesen Briefe an die „Gedenkhalle des Nanjing-Massakers“ gesandt, in denen sie darauf hinwiesen, dass die Behauptungen des Tagebuchschreibers bis in die Einzelheiten hinein richtig seien. Der Mann verdiene die Unterstützung des chinesischen Volkes (XNA, 5.3.00).

– Ein dritter Punkt, bei dem China auf Japan Druck ausübt, ist die Forderung, Anhänger der mittlerweile in China verbotenen Falungong-Sekte auch in Japan unter Verfolgung zu stellen, zumindest aber Aktivitäten dieser Sekte nicht einfach hinzunehmen. Diese Forderung richtete sich vor allem an die Stadtverwaltung von Tokyo, die jedoch umgehend zu verstehen gab, dass ihr in diesem Fall durch das Recht auf Versammlungsfreiheit die Hände gebunden seien.

Die chinesische Seite will Argumente dieser Art jedoch nicht gelten lassen, sondern verweist darauf, dass ja auch Japan seine liebe Not mit Sekten habe und voll damit befasst sei, einige der besonders dubiosen Bünde, u.a. den Aleph-Kult (früher bekannt als Aum-Sekte) zu zerschlagen. Die Aum-Sekte hatte bekanntlich im März 1995 einen Giftgas-(Sarin)-Anschlag in der Tokyoter U-Bahn durchgeführt und dabei 12 Personen getötet und Dutzende

anderer schwer verletzt (AFP, in FBIS EAS, 7.3.00).

Tokyos Stadtoberhaupt, der bekannte Nationalist Ishihara Shintaro, hat das chinesische Verlangen mittlerweile als „regelrechte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Stadt“ kritisiert (ebd.).

Japan hat sich seit Jahren daran gewöhnt, chinesische Vorstellungen, die in anderen Staaten auf der Stelle als „Intervention“ empfunden würden, beharrlich als Ausdruck bilateraler Sonderbeziehungen zu betrachten – und sie offiziell nicht weiter zu verübeln. -we-

12 Spannungen zwischen Südkorea und den in China lebenden Auslandskoreanern

Südkorea, das 1992 mit der VR China diplomatische Beziehungen aufgenommen hat, ist mit diesem Schritt trotz einer wirtschaftlich immer enger werdenden Zusammenarbeit bis auf den heutigen Tag nicht so Recht froh geworden. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass die VR China an Nordkorea nach wie vor Waffen liefert (1999 beispielsweise für 17 Mio. US\$) (*Yonhap*, in SWB, 9.3.00) und mit ihm auch Handelsbeziehungen unterhält, die sich 1999 im bilateralen Verhältnis auf 370 Mio. US\$ belaufen haben, sondern dass es darüber hinaus auch immer wieder zu Streitigkeiten über Fischfanggebiete kommt, die trotz eines bilateralen Abkommens vom November 1997 noch keineswegs beendet sind (*Yonhap*, in SWB, 14.3.00).

Neuerdings kommt noch eine zusätzliche, für Ausländer merkwürdiger Streit hinzu, der sich zwischen Südkorea und den in China lebenden Auslandskoreanern ergeben hat. Der Grund dafür liegt darin, dass seit 1992 immer mehr „chinesische Auslandskoreaner“ ohne Erlaubnis nach Südkorea gekommen sind, um der Armut in ihrem Gastland zu entfliehen und sich, wie es heißt, den „koreanischen Traum im Mutterland zu erfüllen“.

Zwar gibt es ein südkoreanisches Gesetz, das Auslandskoreanern den gleichen Status gewährt wie den Mutterlandkoreanern. Davon sind jedoch die in China lebenden Auslandskoreaner ausgeschlossen, weil das Gesetz nur

solche Personen begünstigen soll, die die Republik Korea nach ihrer Ausrufung im Jahre 1948 verlassen haben. Die meisten „chinesischen Koreaner“ sind demgegenüber lange vorher bereits nach China ausgewandert, vor allem in den Jahren der japanischen Kolonialzeit (1910-1945).

Da die Zahl der illegal nach Südkorea infiltrierten „chinesischen Koreaner“ schon bald in die Tausende ging (genauere Zahlen sind nicht bekannt), ergriff die südkoreanische Regierung Ende der 90er Jahre Gegenmaßnahmen – mit der Folge, dass es nun unter den ethnischen Koreanern in China immer häufiger zu feindlichen Emotionen gegenüber Südkorea und zu Übergriffen gegen Landsleute aus Südkorea kommt (*Yonhap*, in FBIS EAS, 7.3.00). Diese Stimmung hat sich angeblich noch dadurch verschärft, dass viele ethnische Koreaner, die in China keine Ehefrau finden, beobachten müssen, wie 60.000 „chinesische Koreanerinnen“ mittlerweile nach Südkorea ausgewandert sind, um sich dort zu verheiraten.

Im Gefolge der hier aufkommenden Spannungen ist es zur Entführung zahlreicher durch die VRCh reisender Südkoreaner gekommen. „Kriminelle Akte“ dieser Art haben sich 1999 auf 182 Fälle belaufen, wobei 218 südkoreanische Opfer betroffen waren, von denen 17 sogar ums Leben kamen (*Yonhap*, in FBIS EAS, 1.3.00).

Am 2. März appellierten das Außenministerium und das Handelsministerium Südkoreas an die Regierung in Beijing, Besucher aus Südkorea verstärkt zu beschützen. Bisher seien Klagen dieser Art von chinesischen Behörden ignoriert worden. Wenn diese wenig freundliche Haltung andauere, könne es zur Beeinträchtigung der guten Tourismus- und Handelsbeziehungen mit Südkorea kommen (*Yonhap*, in FBIS CHI, 13.3.00). -we-

13 Gesetzgebungspläne für 2000

Bei der dritten Sitzung des IX. NVK gab NVK-Vorsitzender Li Peng Pläne für das laufende Jahr bekannt. Erlassen werden sollen Gesetze gegen Monopole und gegen Dumping sowie über die soziale Sicherheit, über Eigentumsfragen und über staatliche Wertpapie-

re. Ferner sind Vorschriften über Wissenschaft und Technologie, über Bankendienste und über den Außenhandel geplant.

Novelliert werden sollen die Gesetze über Handelsmarken, über Patente, über regionale Autonomie und über Ehefragen. Auch das Körperschaftsgesetz bedarf noch einer Verbesserung (XNA, 10.3.00).

Befassen will sich die Gesetzgebung ferner mit der heiklen Frage von Organtransplantationen (XNA, 12.3.00) und mit der Verbesserung der Grenzverwaltung (XNA, 12.3.00).

Als Meilenstein ist das „Gesetz über die Gesetzgebung“ gedacht, in dem vor allem die Zuständigkeitsabgrenzungen zwischen der NVK-Vollversammlung, dem Ständigen Ausschuss des NVK, dem Staatsrat und den Volkskongressen der Provinzen präzisiert werden sollen (XNA, 4.3.00).

Änderungen der Gesetzeslage sind mittlerweile auch so richtig sichtbar geworden, z.B. bei der Justiz: Im Laufe des Jahres sollen nämlich die Militäruniformen der Richter durch Roben ersetzt werden, wie sie im Westen üblich sind. Nach gutem chinesischem Brauch soll diese Änderung aber nicht auf einen Schlag erfolgen, sondern zunächst in einigen Gebieten erprobt werden, vor allem in Beijing, Shanghai und drei weiteren Städten. -we-

Innenpolitik

14 Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses - Verlust von eben erst gewonnenem politischen Terrain?

Vom 5. bis 15. März 2000 hat die 3. Jahrestagung des IX. Nationalen Volkskongresses stattgefunden, zu der 2.895 Abgeordnete in Beijing zusammenkamen. Wie im letzten Jahr fiel die Tagungsdauer mit nur elf Tagen deutlich kürzer als in den Vorjahren aus.

Das Ereignis wurde in der internationalen wie auch in der nationalen Wahrnehmung durch die Präsident-